Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

187 (12.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 187 | Freitag, den 12. August 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Bei der offiziellen Verfassungsfeier der Reichsregierung im Reichstagsgebäude zu Berlin hielt Reichsinnenminister von Gayl die Festrede. Er behandelte dabei kurz die Reformpläne der Regierung.

*

Reichskanzler von Papen hat Unterhandlungen über die Umbildung des Kabinetts mit Hugenberg und den Vertretern des Zentrums, Bolz und Joos, geführt. Ein Verhandlungstermin mit Hitler ist noch unbekannt.

*

Wie verlautet, hält der Reichspräsident an dem Fortbestand eines überparteilichen Reichskabinetts fest.

*

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag Dr. Bracht.

*

Die Zentrumsfraktion des Landtages hat die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen zu einer Besprechung über die Regierungsbildung in Preußen eingeladen. Die Besprechung wird Montag stattfinden.

*

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat die Entscheidung in der Memelfrage gefällt. Darin wird in der Hauptsache Litauen Recht gegeben.

*

Der Putsch in Spanien scheint völlig niedergeschlagen zu sein. Auch der Führer der Aufständischen in Sevilla, General Sanjurjo ist verhaftet worden

*

Die Besprechung zwischen Vertretern der N.S.D.A.P., D.N.V.P. und des Zentrums über die Regierungsumbildung in Preußen findet erst am Montag statt.

*

Im bayerischen Oberland stürzte ein Gesellschaftsomnibus 20 Meter tief ab. Ein Toter und sechs Verletzte sind zu beklagen.

*

Ueber die Unterredung, die Reichskanzler von Papen mit den Abg. Joos und Staatspräsidenten Bolz hatte, wird von Zentrumsseite mitgeteilt, daß die Unmöglichkeit einer weiteren Existenz des gegenwärtigen Reichskabinetts erwiesen sei. Das Zentrum werde sich positiv verhalten jeder Lösung gegenüber, die auf verfassungsmäßiger Weise zustande komme.

*

Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, verlangt, daß kein Schritt getan werde, der nach faschistischen Experimenten aussehe.

*

Ein Geisteskranker zerstörte das berühmte Bild „Angeles" von Millet im Louvre. Man hofft, das Bild wieder herstellen zu können.

*

Herriot schloß sich dem Standpunkt Stimsons zum Kelloggpakt an. Auch Frankreich sehe in ihm einen bindenden Vertrag.

*

Die nationalsozialistischen Regierungen von Anhalt, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin haben eine Erklärung an den Reichskanzler gesandt, in der gegen die Notverordnung vom 14. Juni Stellung genommen wird. Die Arbeitsbeschaffung müsse in den Vordergrund gerückt werden.

Entscheidung im Memelstreit

Haag, 11. Aug. Der Ständige internationale Gerichtshof im Haag hat am Donnerstag vormittag seine Entscheidung in der von den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Japans gegen Litauen anhängig gemachten Streitsache wegen der verschiedenen litauischen Maßnahmen im Memelgebiet verkündet.

Die Entscheidung ist mit 10 gegen 5 Stimmen gefällt worden und beantwortet die sechs gestellten Fragen dahin, daß die Absetzung des Direktoriumspräsidenten unter gewissen Voraussetzungen zulässig ist, aber eine Beendigung der Amtsdauer der Direktoriumsmitglieder nicht nach sich zieht, ebenso die Auflösung des Memeler Landtages, die am 22. März d. J. erfolgt ist, nicht zulässig war.

In der Begründung zu dieser Entscheidung heißt es u. a.: Das Vertrauen des Landtages könne den Präsidenten des Direktoriums nur so lange decken, als es sich um Angelegenheiten der memelländischen Autonomie handle. Das von litauischer Seite geforderte **Kontrollrecht** des Gouverneurs, das sich auf die gesamte amtliche Tätigkeit der memelländischen Behörden erstrecken sollte, wird von dem Gerichtshof **nicht anerkannt.** Das Kontrollrecht wird vielmehr ausdrücklich auf die Einhaltung der im Memelstatut vorgeschriebenen Zuständigkeit beschränkt. Zur Frage, ob die Absetzung des Präsidenten **Böttcher als gerechtfertigt** angesehen werden müsse, geht der Gerichtshof in seiner bejahenden Ansicht davon aus, daß Böttcher ohne Wissen der litauischen Regierung in Verhandlungen mit der Regierung eines fremden Staates eingetreten sei ohne Rücksicht darauf, daß nach dem Memelstatut nur die Organe Litauens berechtigt seien, derartige Verhandlungen zu führen. Durch diese Aktion habe der Präsident Böttcher seine Befugnisse überschritten.

Zentrum und Reichsregierung

Joos und Bolz beim Reichskanzler. — Die Haltung des Zentrums.

T.U. **Berlin,** 11. Aug. Reichskanzler von Papen empfing am Donnerstag nachmittag 17 Uhr die Vertreter des Zentrums, den stellvertretenden Parteivorsitzenden Joos und den württembergischen Staatspräsidenten Bolz, in der Reichskanzlei zu einer etwa einstündigen Aussprache. Ueber die Stellungnahme der Vertreter des Zentrums wird uns mitgeteilt: „Die Zentrumsabgeordneten knüpften in der Darstellung ihrer Auffassung über die gegenwärtige Lage an die Forderung an, die seinerzeit nach dem Sturz des Kabinetts Brüning der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, beim Reichspräsidenten erhoben hat: Die sogenannte Totallösung, d. h. die volle verantwortliche Einbeziehung der damaligen Opposition in die Reichsregierung. Nach Ansicht des Zentrums ergebe sich die Notwendigkeit eines solchen Schrittes in Konsequenz des Ergebnisses der letzten Reichstagswahl von selbst. Das Zentrum müsse absolut klare Verantwortlichkeit verlangen. Dazu gehöre die offene und volle Mitverantwortung der nationalsozialistischen Partei. Es sei selbstverständlich, daß dabei die strikte Einhaltung verfassungsmäßiger Wege von den Nationalsozialisten gewährleistet und die neue Reichsregierung die loyale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung wollen und pflegen müsse. Alles andere führe notwendigerweise auf Abwege und zu Experimenten, die mit der Verfassung nicht mehr zu vereinbaren seien. In solchem Zusammenhang sehe die Zentrumspartei auch die gegen die frühere preußische Regierung ergriffenen Maßnahmen der Reichsregierung und sie müsse es ablehnen, für die Folgen auch nur nachträglich die Verantwortung zu übernehmen. Allein aus dieser Betrachtung ergäbe sich bereits die Unmöglichkeit einer weiteren Existenz des gegenwärtigen Reichskabinetts, da ihm die Grundlagen und Voraussetzungen zu einer vertrauensvollen, gesicherten und erfolgversprechenden Arbeit durchaus fehlten. Die Zentrumspartei werde sich positiv verhalten jeder Lösung gegenüber, die unter Ausschluß jeder Parteidiktatur den beiden Grundegdanken der Verantwortlichkeit und des verfassungsmäßigen Weges entspreche.

Reichsregierung und Zentrum.

T.U. **Berlin,** 11. Aug. Von zuständiger Stelle lehnte man eine Stellungnahme zu der Auslassung von Zentrumsseite über den Verlauf der Unterredung des Reichskanzlers mit den Zentrumsführern ab. In unterrichteten Kreisen erklärt man jedoch — falls es einer solchen erneuten Erklärung überhaupt noch bedürfe, daß der hier zum Ausdruck kommende Standpunkt der tatsächlichen innerpolitischen Lage in keiner Weise gerecht werde. Sie laufe demzufolge auch der einzig möglichen Folgerung einer von den Parteien unabhängigen Regierung, die der Reichspräsident aus dieser Situation gezogen habe, kraß zuwider. Was Preußen angeht, so sei es nicht nur das Recht, sondern die verfassungsmäßige Pflicht des Preußischen Landtags, einen Ministerpräsidenten zu wählen und in dem Augenblick, in dem diese Wahl erfolgt sei, sei die Verantwortlichkeit des Reichskommissars für Preußen automatisch beendet. Was das Reich angehe, so verlange die innerpolitische Lage gerade im Hinblick auf das Ergebnis der Reichstagswahlen gebieterisch die Führung durch eine von der verfassungsmäßigen Initiative des Reichspräsidenten eingesetzten Reichsregierung u. es sei Sache der Parteien, ob sie im Reichstag mit dieser Regierung zusammenarbeiten wollen oder nicht.

Die „Kölnische Volkszeitung" zur Regierungsbildung.

T.U. **Köln,** 12. Aug. Unter der Ueberschrift: „Das Gebot" schreibt die „Kölnische Volkszeitung" zu der bevorstehenden Regierungsbildung u. a.: Die Nationalsozialisten müssen an die Verantwortung. Sie dürfen nicht entwischen. Alle Handlungen der nächsten Tage müssen unter dem Gesichtswinkel vollzogen werden, daß die Nationalsozialisten auf Grund des Wahlergebnisses zur Verantwortung herangezogen werden und es ist nur billig, daß sie in einer verfassungsmäßigen Regierung nach Maßgabe ihrer Mandatsstärke vertreten sind. Die stärkste Partei braucht dabei nicht den Kanzler zu stellen, wie es noch zuletzt bei Brüning der Fall gewesen ist. Vor allem aber ist notwendig, daß man die Nationalsozialisten an die Ministerien läßt, bei denen sie am ehesten den Nachweis ihrer Befähigung erbringen können. Man sollte also nicht zögern, ihnen vor allem das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium zu geben.

Berliner Blätter zu den Zentrumsvorschlägen.

T.U. **Berlin,** 12. Aug. Zu der Initiative des Zentrums in der Frage der Regierungsumbildung nehmen nur wenige Blätter ausführlich Stellung. Der „Lokal-Anzeiger" sagt, dadurch sei eindeutig gemacht, daß das Zentrum den Gedanken eines unparlamentarischen Präsidialkabinetts zu sabotieren versuche und statt dessen den Rückfall in parlamentarische Koalitionsmethoden wünschte. Die „Germania" weist auf die Verlautbarung aus unterrichteten Kreisen hin, in der gesagt wird, daß die Reichsregierung auch künftighin von den Parteien und dem Parlament unabhängig sein müsse und meint, daß diese Formulierung zumindest in der geforderten Unabhängigkeit vom Parlament mit dem klaren Sinn und den Grundbestimmungen der Verfassung nicht in Einklang zu bringen sei. Von dieser Formulierung steche jedenfalls die konsequente Haltung der Zentrumspartei wohltuend ab. Die „Börsenzeitung" spricht von gefährlichen Zentrumsplänen. In den „Mitteilungen der D.N.V.P." schreibt der Leiter der deutschnationalen Pressestelle, Brosius, das Zentrum wolle nur die Nationalsozialisten in die volle Verantwortung mit beschränkten Wirkungsmöglichkeiten bringen, um die in der Staatsführung unerfahrenen Führer in dieser Situation zu verbrauchen. Aus der Sorge um die Zukunft der nationalen Bewegung müsse man sich vor diesem Zentrumsspiel hüten. Das „Berliner Tageblatt" spricht von einem klaren Kurs des Zentrums und sagt, die Erklärungen würden bei der weiteren Erörterung der Regierungsbildung stark ins Gewicht fallen, da ohne die Stimme des Zentrums keine Regierung verfassungsmäßig existieren könne.

Die Sitzung des Reichskabinetts am Mittwoch

Keine Beschlüsse — Der Schwerpunkt der weiteren Verhandlungen beim Reichskanzler

Berlin, 11. Aug. Die Sitzung des Reichskabinetts am Mittwoch begann um 5 Uhr nachmittags und dauerte bis in die achte Abendstunde hinein. Nachdem der Reichskanzler über seine Besprechung mit dem Reichspräsidenten berichtet hatte, haben sich die Minister über die gesamte innenpolitische Lage ausgesprochen. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß jedoch Beschlüsse nicht gefaßt worden seien. Es sei nun die Aufgabe der nächsten Tage,

die Situation durch Sondierungen bei Vertretern verschiedener Parteien zu klären. Dabei wird betont, daß diese Besprechungen vom Reichskanzler durchgeführt werden, wie überhaupt der Schwerpunkt der ganzen Verhandlungen augenblicklich bei ihm liegt.

Zunächst hat der Reichskanzler am Mittwoch abend auch bereits **Geheimrat Hugenberg** empfangen. Am Donnerstag folgt eine Besprechung mit dem **Zentrumsabgeordneten Joos und Bolz** und wenngleich ein Termin hierfür auch noch nicht angesetzt ist, so rechnet man fest damit, daß am **Freitag auch Adolf Hitler** zunächst vom Reichskanzler und dann vielleicht auch vom Reichspräsidenten empfangen werden wird.

Damit ist zunächst die Marschroute für die nächsten Tage gegeben und das nicht nur rein äußerlich; denn in der Betonung der Tatsache, daß der Schwerpunkt der weiteren Verhandlungen bei Herrn von Papen liegt, ist bereits der Fingerzeig enthalten, daß auch weiter nicht ein Kabinettswechsel, sondern nur eine Umbildung der Reichsregierung in Frage kommt. In politischen Kreisen sieht man die Lage heute abend denn auch keineswegs in dem Sinne an, wie sie in den Kombinationen einiger Berliner Abendblätter dargestellt wurde, als stehe die Beauftragung Hitlers mit der Kabinettsbildung dicht bevor.

Die Verhandlungen der nächsten Tage werden zeigen müssen, ob und wie weit es möglich ist, eine **Uebereinstimmung zwischen den nationalsozialistischen Forderungen und diesen Grundsätzen herbeizuführen.** Natürlich unterhält man sich in politischen Kreisen auch bereits darüber, welche Situation durch ein Scheitern der Bemühungen um die nationalsozialistische Regierungsbeteiligung entstehen werde, und zwar ist wohl anzunehmen, daß die Entwicklung dann wieder auf die parlamentarische Basis zurückversetzt sein würde. In diesem Falle wäre es wohl selbstverständlich, daß noch einmal geklärt würde, ob die Möglichkeit einer neuen parlamentarisch fundierten Mehrheitsregierung bestünde. Sollte diese Prüfung negativ ausgehen, so wäre zweifellos ein Notstand gegeben, der den verantwortlichen Stellen die Pflicht auferlegte, auch unter diesen schwierigen Umständen ein geregeltes und geordnetes Funktionieren des Reichs- und Staatsapparates sicherzustellen. Es muß aber betont werden, daß das alles zunächst nur Möglichkeiten sind, die man in politischen Kreisen erörtert. Selbstverständlich liegen solche Gedankengänge nahe; aber im Vordergrund schwebt doch der Wunsch, daß es in den Verhandlungen der nächsten Tage gelingen möge, allen Konsequenzen solcher Art durch eine Verständigung überhaupt den Boden zu entziehen.

Der Fehler an der Piccard-Gondel behoben

Start am Samstag?

T.U. **Zürich,** 11. Aug. Seit Dienstag arbeiteten Professor Piccard und sein Begleiter Cosgyns eifrig an der Ausfindigmachung und Behebung des Fehlers an der Ionisationskammer, dem wichtigsten Meßinstrument, das die Gondel mitführen wird. Dieser Apparat war unter dem Druck von 4 Atm. gehalten worden, um die Dichtigkeit zu prüfen. Es zeigte sich am Dienstag, daß nur noch 3 Atm. vorhanden waren. Im Laufe des Mittwoch konnte der Fehler gefunden und behoben werden. Der Apparat muß bei der Heranschaffung einen Stoß erhalten und Schaden genommen haben. Ehe er wieder in die Gondel eingebaut werden konnte, wurde diese am Donnerstag stundenlang unter Druck gesetzt, damit man über ihre vollkommene Dichtigkeit Sicherheit besitzt. Sodann wurde der Ionisationsapparat wieder in die Gondel eingefügt. Die Arbeiten nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Damit ist die Gondel startbereit. Der Start hängt nur noch vom Wetter ab. Er ist, falls die Witterung dies zuläßt, für Samstag vorgesehen. Die endgültige Entscheidung wird aber erst am Freitag getroffen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Verfassungsfeier im Reichstag

Berlin, 11. Aug. Unter starker Beteiligung fand am **Donnerstag mittag** um 12 Uhr im Plenarsitzungssaal des Reichstages die **Verfassungsfeier der Reichsregierung statt.** Der Andrang des Publikums zum Reichstagsgebäude und zum Platz der Republik war schon längere Zeit vor Beginn der Feier sehr lebhaft. Der Reichstag und alle öffentlichen Gebäude der Reichshauptstadt hatten die Reichsfarben schwarz-rot-gold gesetzt.

Der Plenarsitzungssaal war in einfacher, aber geschmackvoller Weise geschmückt. Ueber dem Präsidentengestühl war ein riesiger Reichsadler angebracht, der diesmal aber nicht, wie in früheren Jahren, von der Präambel zur Reichsverfassung flankiert war. Von der Mittelloge des Reichspräsidenten hing die schwarz-rot-goldene Standarte mit dem Adler herab. Pünktlich um 12 Uhr erschien **Reichspräsident von Hindenburg** im Plenarsitzungssaal. Ihm zu Ehren erhoben sich die Teilnehmer an der Feier von ihren Plätzen. Nach einem musikalischen Vorspiel nahm

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl

das Wort zu der Festrede. Er führte u. a. aus:

Seitdem am 11. August 1919 die Nationalversammlung zu Weimar das Verfassungswerk abschloß, um das Reich, wie es in dem Vorspruch der Verfassung heißt, **„in Freiheit und Gerechtigkeit** zu erneuen und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern", sind 13 schwere und leidvolle Jahre verflossen, in denen eine Erfüllung des Vorspruchs uns nicht gegeben war. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, **den Verfassungstag amtlich zu begehen.** Wir geben uns dabei nicht der Hoffnung hin, diesen Tag zu einem Festtag für unser Volk machen zu können. Aber wir wollen diesen Tag, an dem unser Volk sich die heute geltende Form seines staatlichen Lebens gab und der, wie man immer zur Weimarer Verfassung stehen mag, **ein geschichtlicher Gedenktag ist und bleibt.** Es will ihn dazu benutzen, um in Gegenwart des allverehrten Herrn Reichspräsidenten im Saale des Deutschen Reichstages zu unserem Volke zu sprechen. Wir wollen keine Feierstunde, sondern eine Stunde stiller Einkehr heute halten inmitten der Unrast unserer Tage. Man mag zu Einzelheiten der Weimarer Verfassung stehen wie man will. Sie ist heute der einzige Grund, auf dem alle, unbeschadet ihrer weltanschaulichen und politischen Meinung, stehen müßten, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen. **Wir haben keinen anderen Grund, von dem aus wir den Vormarsch zu einem neuen staatlichen Leben überhaupt antreten können.**

Damit ist aber nicht gesagt, daß die Weimarer Verfassung etwas Unabänderliches wäre.

Rückblickend auf die 13 Jahre des Bestehens unserer Verfassung müssen wir bekennen, daß sie abänderungsbedürftig ist. Die Zustände, unter denen wir heute zu leben gezwungen sind, dürften ein schlagender Beweis sein, daß die Verfassung abänderungsbedürftig ist. **Unser Volk kann sich auf die Dauer der Notwendigkeit einer Verfassungsreform, ja einer Reichsreform nicht entziehen.** Je frühzeitiger und energischer diese Aufgabe angepackt wird desto besser ist es für uns.

Die **Reform** hat auszugehen von einer Aenderung des im Artikel 22 der Verfassung vorgeschriebenen **Wahlrechts.** In diesem Artikel wurzelt die von weitesten Kreisen unseres Volkes schwer empfundene Herrschaft der Parteibürokratie. Das Volk will nicht Nummern, sondern Persönlichkeiten wählen, und es versteht es nicht, daß die Stimmen noch nicht mündiger Volksgenossen gleich bewertet werden den Stimmen der Familienernährer und der Mütter. Zur Reform des Wahlrechts gehört auch die **Einschränkung der zahlreichen kleinen Splitterlisten, deren Stimmen in der Regel ausfallen. Dem Wahlrecht sollte die Wahlpflicht entsprechen.**

Es ist nicht Schuld von Personen allein, sondern der Konstruktion unserer Verfassung, wenn in Deutschland fast alle Ansätze zu Reformen bisher im Parteigetriebe erstickten. Jede zielbewußte Regierungspolitik ist auf die Dauer in Deutschland zum Scheitern an zwei Dingen verurteilt, an der Anonymität der Verantwortung und an dem **Fehlen einer Instanz, die unabhängig von Parteieinflüssen, dem Gesamtwohl schädliche Parlamentsbeschlüsse ohne schwerwiegende verfassungsmäßige Reibungen auszugleichen vermag.** Ein im Umbruch aller Werte befindliches Volk, das unter einer furchtbaren äußeren und inneren Not leidet, bedarf einer

von den Fesseln formaler Verantwortung mehr wie bisher befreiten, aber persönlich um so stärker verantwortlichen Regierung, die in einer ersten Kammer einen Helfer haben muß, der sie vor den Folgen der oft durch Stimmungen und Wahlrücksichten beeinflußten Parlamentsbeschlüsse schützen und die Stabilität und Folgerichtigkeit der Regierungspolitik zu gewährleisten vermag. Eine Aenderung der Verfassung nach dieser Richtung ist auf die Dauer nicht zu umgehen.

Schließlich ist noch des **inneren Umbaues** des Reiches zu gedenken. Die Erfahrung seit dem 11. August 1919 hat zur Genüge die Unhaltbarkeit des Zustandes ergeben, daß im Reich und in Preußen von verschiedenartig zusammengesetzten und gerichteten Regierungen eine verschiedene Politik auf allen Gebieten getrieben werden kann. Das Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen muß daher im Sinne einer engen Gemeinschaft zwischen beiden umgestaltet werden.

Das braucht **keine Minderung der Selbständigkeit und Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder** zu bedeuten und soll sie nicht herbeiführen. Schematisierung und Zentralisierung Deutschlands von einer Stelle aus würden sehr bald Gegenkräfte entfesseln, von denen auf die Dauer nicht eine Stärkung, sondern eine wesentliche Schwächung des Reichs und damit eine Minderung der Geltung und Stoßkraft des deutschen Volkes in seinem schweren Kampf ums Dasein ausgehen würde.

Ueber die Einzelheiten dieser Umgestaltung unserer Verfassung kann man streiten und verschiedene Wege suchen. Wesentlich bleibt, daß wir außer dem Willen zur Reform auch die Kraft aufbringen, um sie trotz aller Schwierigkeiten durchzuführen, und daß wir dabei nicht nach Parteivorteilen und Nachteilen handeln, sondern nach dem Wort Bismarcks: **Der Staat will bedient, nicht beherrscht werden.**

Die Schlußansprache hielt

Reichskanzler von Papen.

Das Deutschland von 1932, so führte der Kanzler aus, ist in Vielem und Entscheidendem ein anderes als das von 1919. Die starken nationalen Kräfte, die jetzt zum Durchbruch gekommen sind, lagen damals im Verborgenen, verschüttet unter den Trümmern eines furchtbaren Zusammenbruches. Der Notwendigkeit, die Grundlage deutschen Lebens nach den Ueberlieferungen unseres Volkstums und einer stolzen Geschichte und doch einem jungen leidgeprüften Geschlecht angemessen zu erneuern konnten die Gestalter unserer Verfassung vor 13 Jahren nicht im vollen Maße gerecht werden.

Aber dennoch hat diese Verfassung Grundgedanken und Möglichkeiten, die in die Zukunft weisen.

Auf ihnen müssen wir das deutsche Haus neu bereiten. Diese Aufgabe steht fest umrissen vor uns. Gestalter dieser Zukunft zu sein, rufen wir heute alle auf, die Deutschland und sein Volk mehr lieben als Parteidoktrinen, alle, die das unantastbare grundgewachsene landsmannschaftliche Eigenleben der Länder gekrönt sehen wollen von der Wohlfahrt, Kraft und Stärke des einigen Reiches. Der Reichskanzler schloß mit dem Ruf: Das im Deutschen Reich geeinte deutsche Volk, es lebe hoch!

Nach Schluß der Feier begab sich der Reichspräsident in Begleitung des Reichswehrministers, des Chefs der Heeresleitung, sowie des Polizeipräsidenten von Berlin durch Portal 2 nach der Großen Freitreppe. Umjubelt von der riesigen Menschenmenge erschien der Reichspräsident vor der von der 3. Jägerkompagnie des 2. preußischen Infanterieregiments in Ortelsberg gestellten **Ehrenkompagnie** und schritt deren Front unter den Klängen des Deutschlandliedes ab. Der Reichspräsident verabschiedete sich sodann von den Herren der Reichsregierung und fuhr in Begleitung des Reichskanzlers von Papen in seine Wohnung zurück.

*

Verfassungsfeiern im Reich und im Ausland

In **Hamburg** sprach bei der staatlichen Verfassungsfeier der hamburgische Gesandte in Berlin, Dr. Piper.

Die offizielle Verfassungsfeier in der badischen Landeshauptstadt **Karlsruhe** fand im Plenarsaal des Landtages statt. Die Festrede hielt der Rektor der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Professor Dr. Holl. Er, ebenso wie Dr. Piper in Hamburg, erörterte die Frage nach Reform der Verfassung.

In Vertretung des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen hatte Oberregierungsrat Agricula zur Verfassungsfeier nach der Stadthalle in **Königsberg** eingeladen. Der Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums, Lic. Dr. Hartke, erinnerte in seiner Festansprache an die großen deutschen Persönlichkeiten Herder und Goethe.

Die Verfassungsfeier der **Reichsmarine** fand heute vormittag auf dem Kasernenhof in der Wik statt. Der Chef der Marinestation an der Ostsee, Vizeadmiral Hansen, wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung des Tages hin.

In der deutschen Botschaft in **London** versammelten sich bei dem deutschen Geschäftsträger Graf Bernstorff mehrere hundert Mitglieder der deutschen Kolonie in London. Graf Bernstorff wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung der Lausanner Konferenz, die den Abschluß einer Periode der Nachkriegspolitik bildete, hin.

In **Paris** fanden heute vormittag in der deutschen evangelischen Kirche und in der Kapelle des katholischen Heims Festgottesdienste statt. Am Abend vorher hatten sich bei dem deutschen Botschafter von Hoesch zahlreiche in Paris wohnende Deutsche eingefunden.

Der **österreichische Bundespräsident** ließ dem deutschen Gesandten in Wien aus Anlaß der Verfassungsfeier durch den Kabinettsvizedirektor Dr. Klastersky seine Glückwünsche aussprechen. Ebenfalls übermittelte die österreichische Bundesregierung dem deutschen Gesandten ihre Glückwünsche.

*

Die Berliner Presse zur Verfassungsfeier

Berlin, 11. Aug. Die Reden des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers bei der Verfassungsfeier im Reichstag werden von einem großen Teil der Berliner Abendblätter politisch ausgewertet.

Die **„Kreuzzeitung"** meint, die Reichsregierung sei sich zweifellos darüber klar, daß ihr Programm auf harten Widerstand stoßen werde. Es werde der Regierung darauf ankommen, für die Durchsetzung ihrer Reformabsichten auch im Volke Verständnis und Förderung zu finden. Nur wirklich überparteiliche Kräfte vermögen den Sinn der geplanten Reformen mit ihrer tiefen Bedeutung für den Wiederaufbau und die Gesundung des Vaterlandes zu erkennen. In diesen nationalen Kräften, die überparteilich und außerparlamentarisch eingestellt seien, werde die Regierung ihre Helfer suchen und finden müssen, wenn ihr Vorhaben zu einem gedeihlichen Ende geführt werden solle.

Die **„Vossische Zeitung"** spricht von einer „Feier im Zwielicht". Reichskanzler von Papen hat bewußt die jahrelange Tradition unterbrochen, die Verfassungsfeier mit dem Hoch auf das in der Republik geeinte deutsche Volk ausklingen zu lassen. Man feiere die Verfassung mit ostentativem Vorbehalt.

Der **„Vorwärts"** nennt die Rede des Innenministers eine „Bußpredigt zur Verfassung".

Das **„Berliner Tageblatt"** bezeichnet sie als „Worte, nicht Bekenntnis". Herr von Gayl sei so weit von der Verfassung abgerückt, wie es nur möglich gewesen sei, ohne sie zu verleugnen. Als Herr von Gayl erklärte, die Regierung wolle keine Feierstunde, sondern nur eine Stunde stiller Einkehr — da sei wirklich die Frage nicht zu unterdrücken gewesen, warum sie dann überhaupt der Tradition vergangener Regierungen gefolgt sei.

Ruhiger Verlauf des Verfassungstages in Berlin.

T.U. **Berlin,** 11. Aug. Der Verfassungstag ist in Berlin ruhig verlaufen. Nur an zwei Stellen mußte die Polizei Ansammlungen zerstreuen und einige Personen festnehmen.

Tod des berühmten Filmhundes Rintintin

T.U. **London,** 11. Aug. Der berühmte deutsche Schäferhund Rintintin, den man in vielen Filmen bewundern konnte, ist während einer Aufnahme in Hollywood eingegangen. Er war von einem amerikanischen Fliegeroffizier im Kriege gefunden worden, der ihn nach Amerika mitnahm, wo er dem Offizier durch seine „Filmkunst" ein riesiges Vermögen verdient hat.

Europa-Flieger Poß abgestürzt, aber unverletzt.

Reinhold Poß, zweiter Sieger im Europa-Flug 1930, und einer der aussichtsreichsten Teilnehmer an dem jetzt beginnenden diesjährigen Europa-Flug, stürzte bei einem Uebungsflug in der Gegend von Dachau bei München mit seinem Apparat ab. Poß konnte sich durch Fallschirmabsprung retten, dagegen wurde sein Begleiter, dessen Fallschirm sich nicht öffnete, getötet.

33. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sprechen Sie nur weiter!" ermunterte ihn Wolter und beruhigte ihn mit einer Geste.

„Ich wußte nicht genau, wann der Besuch erfolgen sollte, deshalb bezog ich schon in den späteren Nachmittagsstunden einen Beobachtungsposten, während Fräulein Brennert sich wieder in einem Café niederließ. Entsetzlich lange mußte ich warten. Endlich, gegen sieben Uhr, erschien Wemblin, noch eine ganze halbe Stunde dauerte es, bis sich die Dame einfand. Nun hatten wieder die Läden geschlossen und ich konnte nicht mit Fräulein Brennert telephonieren, so mußte ich nach dem Café gehen, das immerhin fünf Minuten entfernt war. Aber das war weiter nicht schlimm, denn wir konnten uns ja schließlich Zeit lassen. Es war vielleicht besser so. Deshalb trank ich in dem Lokal erst noch eine Tasse Kaffee. Um ganz sicher zu gehen, sollte ich erst auskundschaften, ob sich die Dame auch wirklich in Wemblins Wohnung befände. Es fehlte nicht mehr viel an acht Uhr, als ich das Haus betrat. Auf dem ersten Podest wäre ich beinahe mit einem Herrn zusammengestoßen, der, wie ich später erfuhr, Lauffenberg war.

Oben angekommen, öffnete ich behutsam die Tür, schlich mich auf den Zehenspitzen in die Küche und holte erst mal recht tief Atem, denn ich war ziemlich aufgeregt. Sie können es mir glauben, meine Herren, ganz wohl war mir bei dem Unternehmen nicht. Dann pirschte ich mich an die Tür des Herrenzimmers und lauschte. Statt einer Unterhaltung herrschte Totenstille. Ich versuchte, durchs Schlüsselloch zu sehen, konnte aber nichts erkennen. Wie ich so angestrengt horchte, vernahm ich ein leichtes Knarren, so, wie wenn jemand über eine nicht mehr festliegende Diele geht. Ich schrak zusammen, huschte nach der Küche und wartete. Nichts geschah. Ich mußte aber Gewißheit haben und deshalb öffnete ich ganz vorsichtig die Tür zu dem Herrenzimmer.

Und nun, meine Herren, ob Sie es mir glauben oder nicht, stand ich wie gelähmt; ich wollte aufschreien, aber kein Laut kam über meine Lippen. Vor seinem Schreibtisch saß, zurückgelehnt, aber dem Zimmer zugeneigt, der tote Wemblin. Ich stürzte ohne zu überlegen davon. Fräulein Brennert und ich beschlossen strengstes Stillschweigen."

Wolter, der dem Bericht mit größter Anteilnahme gefolgt war, hielt Volger die Nadel hin.

„Haben Sie bei der Dame, die Wemblin besuchte, diese Busennadel gesehen?"

„Nein!" antwortete Volger ohne langes Besinnen.

Wolter war schwer enttäuscht; Fränkel jedoch lächelte, für ihn war dieses Nein ein Plus für seine Auffassung; er schenkte Volger keinen Glauben.

Er wollte diesen gerade wegen des Telephonats mit Wemblin verhören, da erschien ein Bote aus dem Anmeldezimmer und meldete leise, daß Fräulein Oldenroth und ein Fräulein Brennert die Kommissare zu sprechen wünschten.

„Sind sie beide im selben Wartezimmer?" fragte Wolter den Boten.

„Ja."

„Dann lassen Sie zunächst Fräulein Oldenroth kommen." Nun wandte er sich an Volger. „Wir müssen für kurze Zeit unterbrechen, bitte, nehmen Sie im Nebenzimmer Platz."

Scholz, der während der ganzen Unterhaltung zugegen gewesen war, ging mit Volger hinaus.

Edith Oldenroth erschien, um sich persönlich über den Stand der Untersuchung zu erkundigen.

„Im Augenblick kann ich Ihnen nur soviel sagen, daß eine Wendung eingetreten ist und zwar zugunsten von Lauffenberg. Fragen Sie mich aber jetzt nicht nach Einzelheiten, gedulden Sie sich bis — später. Ihr Besuch kommt mir übrigens sehr gelegen. Sagen Sie, haben Sie im Wartezimmer nicht eine Ueberraschung erlebt?"

„Nein. Wieso fragen Sie mich das?"

„Haben Sie denn die Dame nicht wiedererkannt?"

„Welche Dame denn?"

„Die Ihnen im Wartezimmer Gesellschaft leistete?"

„Das junge Mädchen mit dem etwas gespielten Wesen? Wie sollte ich die wiedererkannt haben? Ich sah sie doch zum ersten Male in meinem Leben."

„Danke!" Wolter drehte sich zu Fränkel. „Sie kann es also nicht gewesen sein."

Fränkel zuckte die Achseln.

Wieder betrat ein Bote das Zimmer

„Diensttelegramm aus Warschau!"

Wolter nahm es in Empfang. Es war eine sehr lange Antwort auf seine Anfrage mit einem beigefügten Funkbild. Schnell überflog Wolter die Zeilen, dann trat er zu Edith und hielt ihr das Funkbild hin.

„Kennen Sie diese Frau?"

„Das ist sie! Das und keine andere ist die Frau, die ich in der Wannseebahn gesehen habe!" rief Edith in großer Erregung aus.

„Es ist die Photographie der Gräfin Valeska Raczkolni im Schmuck der Busennadel, die wir bei Wemblin gefunden haben. Doch nun müssen Sie mich entschuldigen, liebes Fräulein Oldenroth, ich habe leider keine Minute mehr Zeit."

„Ich will Sie gewiß nicht aufhalten, lieber Kommissar Wolter, aber bitte versprechen Sie mir, mich sofort zu benachrichtigen, wenn . . ."

„Sie bekommen zu allererst Bescheid. Auf Wiedersehen!"

Kaum hatte sich die Tür hinter Edith geschlossen, ging Wolter zu Fränkel, der das Telegramm las, das folgenden Wortlaut hatte:

„Schmuckstück Familienbesitz, wurde von der verwitweten Gräfin Valeska Raczkolni — siehe Funkbild — getragen, die am Vorabend ihrer zweiten Ehe — mit Graf Rymanow — spurlos verschwunden ist und bis heute nicht aufgefunden wurde. Graf Rymanow ist noch auf der Suche nach ihr. Angelegenheit mit größter Delikatesse behandeln. Bericht dringend erbeten."

Wortlos gab Fränkel das Telegramm an Wolter zurück.

„Mit den beiden können wir, glaub ich, ganz kurz verfahren. Zunächst wollen wir uns von Volger noch genaueres über den Klub in der Motzstraße berichten lassen."

(Fortsetzung folgt.)